

Das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Frankfurt kritisiert die Diffamierungskampagne gegen Susanne Schröter und das von ihr geleitete Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI). Die inakzeptablen Aussagen Boris Palmers werden zum Ausgangspunkt genommen, um eine wissenschaftliche Konferenz sowie das FFGI als Ganzes zu diskreditieren und so vermeintlich legitim, aber unsachlich gegen die akademische Freiheit des FFGI zu agitieren. Dahinter steckt eine ideologische Kampagne hochgradig problematischer Akteure.

Unserer Auffassung nach sind individuelle Positionen und Meinungen zur Konferenz völlig nachrangig. Der Protest gegen die Veranstaltung, ebenso wie die vom AStA der Universität organisierte Gegenkonferenz, sind legitim und der politische Streit, als offen ausgetragene Debatte, selbstverständlich wünschenswert. Dementsprechend begrüßen wir es, dass Redner der Gegenkonferenz auch an jener des FFGI teilnahmen und sich an den Diskussionen beteiligten. Während über Grenzüberschreitungen von Einzelpersonen, wie die auf einem Banner zum wiederholten Male erhobene Forderung „Schröter raus aus der Uni“, noch hinweggesehen werden kann, halten wir die Stellungnahme vom Bayreuther Exzellenzcluster Africa Multiple für einen Tabubruch, der den entschiedenen Widerspruch aller demokratischen Studierenden und Lehrenden erfahren sollte.

Wenn es im Pamphlet gegen Schröter heißt, dass Wissenschaftsfreiheit als weißes bürgerliches Privileg instrumentalisiert werde, aus dem heraus rassistische Praktiken artikuliert würden, möchten wir daran erinnern, dass es jene universellen Freiheiten sind, denen die Verfasser ihre Möglichkeit verdanken, sich Gehör zu verschaffen. Es ist erschreckend, wenn nicht konkrete rassistische Akteure kritisiert werden, sondern die Meinungsfreiheit als solche. Für nicht zulässig halten wir die daran anschließende, in überraschend trockenem Beamtendeutsch erhobene Forderung an die Uni-Leitung, die (vermeintlich unkritische) „Unterstützung des FFGI auf den Prüfstand zu stellen“ und dass „rassifizierte [...] Lebensrealitäten und Lebensgeschichten“ in die „Neubetrachtung des langfristigen epistemischen Zwecks des FFGI und anderer Forschungszentren“ einbezogen werden sollen. Was auch immer man sich unter der Einbindung von Realitäten und Geschichten bei der Neubetrachtung epistemischer Zwecke vorstellen mag, die Besetzung der Stellen von Forschungsinstituten sollte nach akademischen Meriten erfolgen und sie obliegt in erster Linie den dort Forschenden. Das gilt für das FFGI wie den Exzellenzcluster Africa Multiple. Während es schon fragwürdig ist den wissenschaftlichen Wert einer Aussage vollständig von der Identität der Person, die sie tätigt, abhängig zu machen, so ist es vollends infam den am FFGI beschäftigten und mit ihm assoziierten „rassifizierten Lebensrealitäten“ ihre Betroffenheit und Expertise abzusprechen, bloß, weil deren Ansichten nicht jenen der Verfasser des Aufrufs entsprechen.

Aber wer ist für die Kampagne gegen Susanne Schröter und das FFGI verantwortlich? Es begann mit einer Demonstration von knapp 40 Aktivisten, also weniger als 0,1 % der Frankfurter Studierenden, die „Nazis“ und „Rassisten raus“ skandierten und ironischerweise offen antisemitischen Gruppierungen angehören oder mit diesen kooperieren. Dazu gehören die „Studis gegen rechte Hetze“, die auf ihrer Onlinepräsenz für die in Israel als Terrororganisation

eingestufte Netzwerk „Samidoun“ werben. In Berlin wurde auf einer Demonstration von Samidoun „Tod den Juden skandiert“.¹ Anders als der Name verheißt, handelt es sich bei den „Studis gegen rechte Hetze“ mitnichten um eine Initiative der breiten Studierendenschaft gegen Rechtsradikalismus, sondern eine kleine Gruppe engstirniger Ideologen, wie die Fokussierung auf „Nato-Propaganda“ in Bezug auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine bezeugt. Die Gruppen „Zora“ und „Young Struggle“ organisierten in der Vergangenheit antisemitische Demonstrationen, auch auf dem Campus der Universität. Der Terminus Intifada ist seit den frühen Zweitausender Jahren insbesondere mit Selbstmordbombenattentaten auf Busse und Restaurants in Israel assoziiert, die gezielt die Zivilbevölkerung treffen sollen. Wenn auf dem Campus der Goethe-Universität nämliche Gruppen „Yallah Intifada!“ (dt.: Auf, Intifada!) vor einem Banner mit dem Konterfei der Flugzeugentführerin und Ikone des palästinensischen Terrorismus Leila Khaled skandieren, dann ist dies für israelische Universitätsangehörige (gleich welcher Religionszugehörigkeit) sowie jüdische Studierende und Lehrende nicht anders denn als Drohung zu verstehen.² Das Agieren dieser Gruppen macht den Campus insbesondere für jüdische Studierende zu einem Ort der Unsicherheit. Eine Toleranz gegenüber oder gar Kooperation mit diesen Gruppen macht den Campus für insbesondere jüdische Studierende zu einem kaum noch erträglichen Ort.

Auf die Demonstration folgte die Stellungnahme des Exzellenzclusters Africa Multiple. Bei der Auswahl ihrer Unterstützer sind die Bayreuther Initiatoren nicht zimperlich. Unter ihnen finden sich für antisemitische³, also gruppenbezogen menschenfeindliche (Heitmeyer) Äußerungen und Handlungen Verantwortliche:

- Prof. Dr. Rüdiger Seesemann, Chair of Islamic Studies und Spokesperson des „Africa Multiple, Cluster of Excellence“ an der Universität Bayreuth hat den Aufruf initiiert. Sein Exzellenzcluster hat wiederholt als Gastredner Prof. Dr. Achille Mbembe eingeladen. Mbembe wurde 2020 vom Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, dahingehend kritisiert, in seinen Schriften den Holocaust zu relativieren und an antisemitische Behauptungen über Juden und Israel anzuknüpfen.⁴ Zuletzt veröffentlichte

¹ <https://www.nzz.ch/international/antisemitische-demo-in-berlin-wer-steckt-hinter-samidoun-ld.1733511> [abgerufen am 30.06.2023]

² <https://www.instagram.com/p/CsTkzSlstxP/?hl=de> [abgerufen am 30.06.2023]

³ Entsprechend der Kriterien der etablierten und von Bundesregierung sowie Bundestag angenommenen Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

⁴ „Gegen diese Einladung hatte unter anderem der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, protestiert. Er warf Mbembe gegenüber verschiedenen Medien eine Relativierung des Holocaust vor. Außerdem habe Mbembe in seinen wissenschaftlichen Schriften die Politik Israels gegenüber den Palästinensern mit dem Apartheidsystem in Südafrika gleichgesetzt. Dies entspreche ‚einem bekannten antisemitischen Muster‘, so Klein. Andere Kritiker warfen dem Wissenschaftler vor, zum Beispiel durch das Unterzeichnen einer Petition die vom Deutschen Bundestag als antisemitisch eingestufte BDS-Bewegung zu unterstützen. BDS steht für ‚Boycott, Divestment and Sanctions‘, zu Deutsch ‚Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen‘.“ (Deutschlandfunk 27.05.2020) <https://www.deutschlandfunk.de/debatte-darum-geht-es-beim-streit-um-achille-mbembe-100.html> [abgerufen am 30.06.2023]

das Exzellenzcluster eine Solidaritätsbekundung für den Ex-Al-Qaida-Anhänger Mohamedou Ould Slahi Houbeini.⁵ Dort wird zudem behauptet, dass Mbembes Antisemitismus nur ein „angeblicher“ sei. In gleicher Weise wird die Ex-WDR Journalistin Nemi El-Hassan gegen Kritik an ihrer Teilnahme am berüchtigten al-Quds-Marsch verteidigt.

- Prof. Dr. Susan Arndt, unterzeichnete im Mai 2021 einen Brief von „Palästina Spricht“, in welchem Israel als vermeintlicher Apartheidstaat dämonisiert wird und im Sinne der antisemitischen Boykottkampagne gegen den jüdischen Staat (BDS) Sanktionen gegen Israel gefordert werden.⁶ Bei „Palästina Spricht“ handelt es sich um eine BDS nahestehende Gruppe, die nicht vor dem Aufruf nach einer weiteren Intifada zurückschreckt und damit de facto Gewalt gegen Zivilisten fordert.⁷
- Dr. Juliane Hammer ist Mitunterzeichnerin des „Middle East Studies Scholars and Librarians Call for the Boycott of Israeli Academic Institutions“.⁸ Israelische Forschende aus dem Diskurs ausschließen zu wollen ist kein Beitrag zur Verständigung und einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts sondern stellt einzig eine Diskriminierung aufgrund von Herkunft dar. Der antisemitische Charakter von derlei Boykottbestrebungen wurde unter anderem vom Bundestag eindeutig festgestellt.⁹
- John L. Esposito ist Unterstützer der antisemitischen BDS-Bewegung¹⁰. Verbindungen zu islamistischen Strukturen wurden dokumentiert.¹¹

Der Verdacht liegt nahe, dass es den Unterstützern des Aufrufs nicht um die konkreten Vorfälle vor der Konferenz und schon gar nicht um ein aufrichtiges Engagement gegen Rassismus geschweige denn Antisemitismus geht, wie sie in ihrem Aufruf nahelegen. Vielmehr soll der mediale Skandal um Palmer instrumentalisiert werden.

Das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam ist den oben genannten eine unliebsame Stimme und soll allein deshalb mundtot gemacht werden. In den vergangenen Jahren hat das FFGI nicht nur islamismuskritische liberale Muslime eingeladen, sondern auch wiederholt Vorträge zu israelbezogenem Antisemitismus, zu historischen Verbindungen zwischen deutschen

⁵ <https://www.africamultiple.uni-bayreuth.de/pool/dokumente/Views/Stellungnahme-zur-Abberufung-von-Mohamedou-Ould-Slahi.pdf> [abgerufen am 30.06.2023]

⁶ <https://www.palaestinaspricht.de/news/pressemitteilung-offener-brief-20mai2021> [abgerufen am 30.06.2023]

⁷ <https://www.jfda.de/palaestina-spricht> [abgerufen am 30.06.2023]

⁸ <https://www.bdsmovement.net/news/over-100-middle-east-studies-scholars-and-librarians-call-boycott-israeli-academic-institutions> [abgerufen am 30.06.2023]

⁹ Deutscher Bundestag Drucksache 19/10191

¹⁰ <https://www.jadaliyya.com/Details/31063/Over-100-Middle-East-Studies-Scholars-and-Librarians-Call-for-the-Boycott-of-Israeli-Academic-Institutions> [abgerufen am 30.06.2023]

¹¹ https://canarymission.org/professor/John_Esposito [abgerufen am 30.06.2023]

Nationalsozialisten und arabischen Antisemiten, sowie zu muslimischem Antisemitismus veranstaltet. Wer sich davon auf die Füße getreten fühlt, sollte vielmehr reflektieren in welche Ecke ihn möglicherweise einmal ernstgemeinte Sorgen um das Schicksal der Palästinenser getrieben haben, als die wissenschaftliche Freiheit anderer anzugreifen.

Wir fordern die Uni-Leitung sowie Studierenden- und Lehrendenschaft auf, derartige kaum verhohlene politische Interventionen in die Freiheit von Forschung und Lehre zurückzuweisen. Sie gemahnen nicht von ungefähr an die von der AfD und anderen Akteuren der politischen Rechten erhobene Forderung, die Förderung der Gender Studies zu streichen und konvergieren in ihrem illiberalen und wissenschaftsfeindlichen Charakter. Wissenschaft lebt vom inhaltlichen Dialog, auch vom Dissens, nicht aber von permanenter Moralisierung und Skandalisierung.

Wir fordern die sich als kritisch verstehende Studierendenschaft auf, darüber nachzudenken mit wem sie sich, bei aller Kritik an Einzelpositionen des FFGI, im Zweifel gemein macht.

Wir erwarten, dass die hessische Wissenschaftsministerin diese Diffamierungskampagne als solche benennt und zurückweist. Die gegenwärtige Realität an deutschen Universitäten ist, wie sich zeigte, dass ein rassistischer Vorfall bundesweite mediale Skandalisierung und gesamtuniversitäre Ächtung erfuhr. Das muss so auch für Antisemitismus gelten. Die erschreckenden Erfahrungen, die jüdische Studierende in anderen Ländern damit machen mussten zu welchem diskriminierendem Klima die Kampagnen gegen Israel auf dem Campus zahlreicher durchaus renommierter Universitäten geführt hat, muss Mahnung sein derartigen Bestrebungen von Beginn an Einhalt zu gebieten.¹² Gegenüber obigen Gruppierungen und dem, was sie unter „Professionalisierung“ und „Internationalisierung“ der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft verstehen, gilt es daher wachsam zu sein.

Es ist nicht weniger als eine Selbstverständlichkeit, dass das Präsidium der Goethe-Universität sich von der laufenden Diffamierungskampagne gegen das FFGI nicht beeindruckt lässt. Ein „Shitstorm“ macht noch keine Wahrheit.

¹² <https://www.adl.org/resources/report/schooled-hate-anti-semitism-campus> [abgerufen am 30.06.2023]